

31**82****Union in
Deutschland**

Bonn, den 14. Oktober 1982

REGIERUNGSERKLÄRUNG

abgegeben von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Plenum
des Deutschen Bundestages am 13. Oktober 1982

Koalition der Mitte: Für eine Politik der Erneuerung

- I. Die wirtschaftliche und geistig-politische Krise
- II. Koalition der Mitte
- III. Dringlichkeitsprogramm
 1. Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen
 2. Wir wollen das soziale Netz sichern
 3. Wir wollen eine menschliche Ausländerpolitik verwirklichen
 4. Wir wollen die Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erneuern
- IV. Perspektiven
 1. Wir wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht
 2. Subsidiarität als Strukturprinzip
 3. Jugend und Familie
 4. Die deutsche Nation
- V. Grundsätze

Die Koalition der Mitte, zu der CDU, CSU und FDP sich zusammengeschlossen haben, beginnt ihre Arbeit in der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Krise hat das Vertrauen vieler Mitbürger in die Handlungsfähigkeit des Staates erschüttert.

Die neue Regierung ist notwendig geworden, weil die alte Regierung sich als unfähig erwies, gemeinsam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das soziale Netz zu sichern und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen.

Seit dem Münchner Parteitag der SPD wurde immer deutlicher, daß sich die Wege der bisherigen Koalitionspartner trennten. In drängenden Fragen der Innen- und Außenpolitik ließ die SPD ihren eigenen Regierungschef im Stich. Bundeskanzler Schmidt verlor seine Mehrheit.

Die FDP hat sich ihre Entscheidung nicht leichtgemacht. Im Interesse unseres Landes hat sie, wie die Verfassung es will, eine neue Regierung ermöglicht. Die Koalition der Mitte wird unser Land aus der Krise führen.

In dieser Stunde hat unser Volk ein Recht auf Wahrheit, die Wahrheit über das, was getan worden ist, und die Wahrheit über das, was getan werden muß.

Wie ist die Lage?

Die Wirtschafts- und Finanzkrise

Wir erleben zur Zeit eine Arbeitslosigkeit, die schlimmer ist als in den Jahren des Wiederaufbaus. Fast jeder 14. Erwerbstätige ist arbeitslos. Im Winter können fast 2,5 Millionen Menschen arbeitslos sein. Noch mehr bangen um ihren Arbeitsplatz. Nach zweijähriger Stagnation geht die ge-

samtwirtschaftliche Produktion seit Monaten zurück.

Noch nie hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland so viele Firmenzusammenbrüche gegeben wie in diesem Jahr, und noch nie sind so viele selbstständige Existenzen vernichtet worden. Allein dadurch sind in den letzten Jahren rund 500 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. In diesem Jahr wird dieser traurige Rekord an Konkursen noch einmal überboten. 15 000, vielleicht noch mehr Unternehmen müssen Konkurs anmelden. Damit gehen noch einmal weit über 100 000 Arbeitsplätze verloren. Und was das schlimmste ist: Fast 200 000 Jugendliche sind arbeitslos. Viele finden keinen Ausbildungsplatz und sind damit nicht nur ohne Arbeit, sondern auch ohne Chance, sich beruflich zu qualifizieren.

Die Fähigkeit der Wirtschaft, durch Investitionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist erheblich geschwächt. Während in normalen Wirtschaftsjahren die Investitionsquote bei 24 Prozent des Bruttosozialprodukts lag, sind wir heute bei weniger als 21 Prozent angelangt.

Gleichzeitig erhöhten sich die Abgabenbelastungen so sehr, daß heute ein Facharbeiter von jeder zusätzlich verdienten Mark rund 60 Pfennige an öffentliche Kassen abliefern muß. Aber auch dies reichte nicht aus; der Staat mußte sich in immer höherem Maße verschulden.

So kann kein Wachstum entstehen. Schon zum zweitenmal wird unser Sozialprodukt kleiner als im jeweiligen Jahr zuvor. Wo soll Zuversicht herkommen, wenn diese Probleme noch verstärkt werden durch einen nun ebenfalls im zweiten Jahr erlebten realen Einkommensverlust von Arbeitnehmern und Unternehmern?

Die Eigenkapitalquote der deutschen Wirtschaft, die vor 10 Jahren bei rund 26 Prozent lag, ist inzwischen unter 21 Prozent

abgesunken, in einigen Bereichen der mittelständischen Wirtschaft sogar darunter. Sie droht weiter abzunehmen.

**Die Wachstums- und Beschäftigungs-
krise hat zugleich in aller Deutlichkeit
die Finanzkrise des Staates offenge-
legt. Der erste Kassensturz, den die
neue Bundesregierung in wenigen
Tagen vornehmen mußte, hat eine
noch wesentlich kritischere Lage der
Staatsfinanzen offenbart, als es
selbst die CDU/CSU bis zur Übernah-
me der Regierungsverantwortung an-
genommen hat.**

Die Eröffnungsbilanz ist bestürzend: Ende dieses Jahres wird sich der Schuldenstand des Bundes auf über 300 Milliarden Mark erhöhen; bei Bund, Ländern und Gemeinden zusammengenommen auf über 600 Milliarden Mark; mit Bahn und Post auf rund 700 Milliarden Mark. Allein der Zinsendienst der öffentlichen Hand wird Ende dieses Jahres rund 60 Milliarden Mark betragen.

Täglich, jeden Tag, alle 365 Tage des Jahres, muß sich die öffentliche Hand zusätzlich mit über 200 Millionen Mark verschulden. Die Neuverschuldung reicht kaum noch aus, um die jährliche Zinslast zu bezahlen.

Wenn nicht rasch gehandelt wird — und das wäre bei sofortigen Neuwahlen nicht möglich gewesen —, würde die tatsächliche Haushaltslücke für 1983 allein beim Bund auf etwa 55 bis 60 Milliarden Mark ansteigen.

Auch in der Sozialversicherung sind die Kassen leer und die Rücklagen nahezu verbraucht. Die finanziellen Reserven unserer sozialen Sicherungssysteme sind erschöpft, obwohl die Beitragsbelastung für die Arbeitnehmerinkommen seit 1970 erheblich gestiegen ist.

Wie konnte es so weit kommen? Zunächst ist sicher richtig: Die Weltwirtschaft befin-

det sich gegenwärtig in weiten Teilen der Welt in einer tiefgreifenden Strukturkrise. Der Verweis auf das Ausland darf aber nicht den Blick verstellen für unsere hausgemachten Probleme. Die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft ist vor allem auch eine Krise der einzelnen Volkswirtschaften, wie in diesen Tagen der Sachverständigenrat erneut deutlich gemacht hat.

Die Grenzen der Belastbarkeit der deutschen Wirtschaft und der arbeitenden Bürger wurden erst getestet und dann weit überschritten.

Unsere eigenen Wachstums-, Beschäftigungs- und Finanzierungsprobleme resultieren weitgehend daraus, daß die deutsche Wirtschaft nicht mehr in der Lage war, mit den neuen außenwirtschaftlichen Herausforderungen fertig zu werden.

Die Ansprüche an den Staat und die sozialen Sicherungssysteme wurden an der optimistischen Vorstellung eines ständigen und kräftigen Wachstums der Wirtschaft orientiert. Als die hohen Wachstumsraten ausblieben, fehlte es an Einsicht und Kraft, die Konsequenzen zu ziehen und die notwendigen Korrekturen durchzusetzen.

Was damals an Korrekturen unterlassen wurde, als sie noch mit verhältnismäßig geringen Opfern möglich waren, muß heute mit größeren Schmerzen und mehr Zeitaufwand nachgeholt werden. Wäre von vornherein das getan worden, was wir nunmehr tun müssen, dann wären nicht jene Opfer notwendig, zu denen wir heute gezwungen sind.

Jetzt kommt es darauf an, die noch andauernde Talfahrt unserer Wirtschaft aufzuhalten. Vieles spricht leider dafür, daß der Tiefpunkt noch vor uns liegt: Keine Politik ist in der Lage, diese Hypothek der Vergangenheit kurzfristig zu tilgen. Erste positive Wirkungen unseres Programms

für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung können wir in der zweiten Hälfte 1983 erwarten.

Aber grundlegende Erfolge können nur in einem mehrjährigen Prozeß erreicht werden, zumal in den kommenden Jahren auch noch für die geburtenstarken Jahrgänge zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

Dies, meine Damen und Herren, ist die Lage. Dies ist zugleich der Grund dafür, daß wir jetzt die Regierung übernommen haben; weil wir nicht verantworten wollen, daß aus der Talfahrt ein Absturz wird.

Deshalb brauchen wir eine neue Wirtschafts- und eine neue Gesellschaftspolitik.

Dies ist keine übliche Regierungserklärung am Beginn einer vierjährigen Legislaturperiode. Die Koalitionsparteien haben vereinbart, sich am 6. März 1983 dem Urteil der Wähler zu stellen. Dies ist auch die Meinung der Bundesregierung. Ich weiß, daß es verfassungsrechtlich nicht einfach ist, diese Absicht zu verwirklichen. Aber ich gehe davon aus, Herr Kollege Wehner, daß Sie als Fraktionsvorsitzender der SPD und der Kollege Brandt als Parteivorsitzender der SPD gemeinsam mit den anderen Fraktions- und Parteivorsitzenden meine Einladung annehmen werden, gemeinsam über die in der Verfassung vorgesehenen Möglichkeiten zu sprechen, aber auch jene Wege in unser Gespräch mit einzubeziehen, die die Enquete-Kommission Verfassungsreform dem Bundestag vorgezeichnet hat.

Ich bin ganz sicher, daß wir gemeinsam einen Weg finden, da wir doch gemeinsam draußen — die einen sogar mit eigenen Plakataktionen — erklären: Wir wollen jetzt wählen. Am 6. März werden wir wählen.

Noch einmal will ich betonen, dies kann, dies will keine traditionelle Regierungserklärung sein. Ich werde darlegen, was wir sofort tun werden — vor allem aber will ich die Schwerpunkte und die Grundsätze aufzeigen, nach denen wir in den vor uns liegenden Jahren eine Politik der Erneuerung einleiten werden.

Die geistig-politische Krise

Wir stecken nicht nur in einer wirtschaftlichen Krise. Es besteht auch eine tiefe Unsicherheit, gespeist aus Angst und Ratlosigkeit — Angst vor wirtschaftlichem Niedergang, Sorge um den Arbeitsplatz, Angst vor Umweltzerstörung, vor dem Rüstungswettlauf, Angst vieler junger Menschen vor ihrer Zukunft.

Manche jungen Menschen fühlen sich ratlos, steigen aus und flüchten in Nostalgie und Utopie.

Hier sehen wir eine Herausforderung an unsere Pflicht als Bürger und Eltern, an unseren Gemeinsinn und an unsere Überzeugungskraft.

Die Ideologien der Macher und Heilsbringer haben den Wirklichkeitssinn nicht geschärft, die Selbstverantwortung nicht gestärkt und die geistigen Herausforderungen der Zeit verkannt. Wir brauchen wieder die Tugenden der Klugheit, des Mutes und des Maßes für die Zukunft.

Die Frage der Zukunft lautet nicht, wieviel mehr der Staat für seine Bürger tun kann. Die Frage der Zukunft lautet, wie Freiheit, Dynamik und Selbstverantwortung sich neu entfalten können. Auf dieser Idee gründet die Koalition der Mitte.

Zu viele haben zu lange auf Kosten anderer gelebt: der Staat auf Kosten der Bürger, Bürger auf Kosten von Mitbürgern

und wir alle auf Kosten nachwachsender Generationen. Es ist jetzt auch ein Gebot des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, daß wir der Ehrlichkeit, der Leistung und der Selbstverantwortung eine neue Chance geben.

Koalition der Mitte

Erneut bilden CDU/CSU und FDP eine Koalition der Mitte, um einen historischen Neuanfang zu setzen. Was 1949 gelang, unter schweren seelischen Wunden und materiellen Lasten, das ist auch heute möglich und notwendig.

Die Verbindung des sozialen, des christlichen und des liberalen Gedankens war das prägende Merkmal einer Epoche, die zu Recht als die erfolgreichste Ära deutscher Nachkriegspolitik gilt.

Ich zitiere einen liberalen Mitstreiter aus jener Zeit, Thomas Dehler:

„Die liberale Idee vom Menschen ist tief verbunden mit der christlichen Wahrheit. Der Mensch hat seine Würde als Ebenbild Gottes, als Träger einer unsterblichen Seele, als einmalige, unverwechselbare Persönlichkeit. Diese Würde im irdischen Leben zu wahren, ist liberale Verpflichtung.“

Auf die freie Zustimmung seiner Bürger wurde unser Staat gegründet. Konrad Adenauer führte vor 30 Jahren die Deutschen in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens und baute darauf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Es gelang die Aussöhnung mit Frankreich und dem Volk und Staate Israel. Wir wurden ein geachteter Partner im Bündnis des Westens.

Die Soziale Marktwirtschaft war ein schöpferisches Werk. Sie bedeutet nicht allein Wohlstand. Sie begründet auch eine soziale Friedensordnung, die in vielen Ländern als Vorbild gilt.

Wir haben das Prinzip der Solidarität verwirklicht:

- durch dynamische Rente und Mitbestimmung,
- durch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
- durch Betriebsverfassungsgesetz und
- durch Vermögensbildung.

Zwölf Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge haben die Bundesrepublik Deutschland mit aufgebaut. Es wuchsen Vertrauen in den Rechtsstaat, demokratisches Selbstbewußtsein, eine neue politische Kultur. In einer spannungsreichen Epoche gewann die Bundesrepublik Deutschland innere Stabilität und das Vertrauen ihrer Nachbarn.

Die Deutschen lernten wieder — um mit Ernst Bloch zu sprechen — die Würde des aufrechten Ganges.

Dringlichkeitsprogramm

Was wollen wir heute?

Unser Dringlichkeitsprogramm konzentriert sich auf vier Schwerpunkte:

- 1. Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen.**
- 2. Wir wollen das soziale Netz sichern.**
- 3. Wir wollen eine menschliche Ausländerpolitik verwirklichen.**
- 4. Wir wollen die Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erneuern.**

Neue Arbeitsplätze:

Wir wollen: Vor allem Arbeitsplätze schaffen und erhalten, indem wir

erstens die privaten und öffentlichen Investitionen anregen. Dazu braucht die Wirtschaft eine Zukunftsperspektive, die frei ist von unnötigen Belastungen und Verunsicherung durch den Staat.

In den öffentlichen Haushalten müssen die Gewichte stärker von der konsumtiven zu mehr zukunftsorientierter Verwendung verlagert werden. Dies gilt sowohl für die Ausgaben- wie für die Einnahmenseite. Die Bundesregierung wird deshalb schon 1983 die Haushaltsansätze für die regionale Wirtschaftsförderung, die Förderung des Zonenrandgebietes, den Hochschulbau und die Agrarstruktur sowie für andere wichtige Gemeinschaftsprojekte wie Krankenhausfinanzierung und Stadtsanierung anheben.

Weiter werden wir erste Schritte zur steuerlichen Entlastung des Mittelstandes vornehmen.

Die Mehreinnahmen des Bundes aus der Mehrwertsteuererhöhung vom 1. Juli 1983 werden — anders als von der alten Bundesregierung vorgesehen — in demselben Gesetz Bürgern und Betrieben zurückgegeben. Diese steuerlichen Entlastungen zur Stärkung der Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft sollen ab 1984, wenn das zusätzliche Mehrwertsteueraufkommen für das ganze Jahr anfällt, weiter ausgebaut und verstärkt werden.

Wir wollen zweitens dem Wohnungsbau neue Impulse geben. Neben der unverzüglichen Verbesserung der steuerlichen Förderung des Eigenheimbaus durch Zulassung eines begrenzten Schuldzinsabzugs haben wir vorgesehen:

- ein Programm zur Bausparzwischenfinanzierung,
- Maßnahmen zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus in Verdichtungsräumen und
- zusätzliche Hilfen für selbstgenutztes Wohnungseigentum.

Diese Finanzmittel in Höhe von rund 2,5 Milliarden Mark sollen durch die rückzahlbare, unverzinsliche „Investitionshilfe

1983/84“ von Bürgern mit höherem Einkommen aufgebracht werden, ohne daß dadurch deren eigene Investitionstätigkeit beeinträchtigt werden darf.

Wir greifen damit ein Instrument auf, das Ludwig Erhard, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, 1952 beim Wiederaufbau erfolgreich angewandt hat. Mehr Wohnungsbau bringt nicht nur mehr Wohnungen, sondern auch mehr Einkommen und Nachfrage in vielen Bereichen der Wirtschaft.

Wir wollen drittens die Konkurswelle brechen, indem wir den Trend umkehren: zu Neugründungen gewerblicher Existenzen ermutigen.

Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen sowie die freien Berufe sind mit ihrer Kreativität, ihrem unternehmerischen Wagemut und ihrer Anpassungsfähigkeit unverzichtbare Träger des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts.

Wir wollen viertens mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen.

Die Bundesregierung wird unverzüglich eine Novellierung der Gesetze vorlegen, mit der ausbildungshemmende Vorschriften abgebaut werden. Darüber hinaus wird sie gemeinsam mit den Kammerorganisationen prüfen, wie für die schwierigen nächsten Jahre vorübergehend zusätzliche Ausbildungskapazitäten geschaffen oder Ausbildungsmaßnahmen organisiert werden können.

Wir wollen fünftens die Ertragschancen der Unternehmen verbessern und so die Bildung von Eigenkapital stärken.

Investitionen für mehr Arbeitsplätze erfordern positive Ertrags Erwartungen und hinreichendes Eigenkapital. Wir vertrauen darauf, daß die Tarifpartner bei ihren Entscheidungen sich dessen voll bewußt sind. Auch die Besteuerung muß darauf

künftig mehr als bisher Rücksicht nehmen.

In einem ersten Schritt werden wir schon für 1983 die Gewerbesteuerbelastung verringern. Dabei sollen die Gemeinden einen finanziellen Ausgleich erhalten.

Wir wollen sechstens den Weg freigeben für die Anwendung moderner Techniken und die Entwicklung neuer Technologien, vor allem im Kommunikationswesen.

Eine besondere Verantwortung liegt bei der Deutschen Bundespost, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und zur Überwindung der gegenwärtigen Wachstumsschwäche beitragen muß. Von dem geplanten Ausbau der Kabelnetze, der Einführung neuer Dienste sowie der Einbeziehung der Satellitentechnik in ein modernes Kommunikationsnetz werden wirkungsvolle Anstöße für Investitionen und neue Technologien ausgehen.

Ein zukunftsorientiertes Verkehrswesen ist für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze von großer Bedeutung.

Die Fortentwicklung der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie ist aus gesamtwirtschaftlichen und nicht zuletzt aus verteidigungspolitischen Gründen sicherzustellen.

Wir wollen siebtens eine kostengünstige und rationelle Energieversorgung sichern.

Vorrangiger heimischer Energieträger bleibt die deutsche Steinkohle. Damit unser Land ein attraktiver Standort für zukunftsorientierte Industrie und krisenfeste Arbeitsplätze bleibt, können und dürfen wir auf die Nutzung der Kernkraft nicht verzichten. Dazu ist die Entsorgungsfrage bald zu lösen.

Der deutschen Stahlindustrie werden wir bei ihrer schwierigen Anpassung beistehen, die auch eine Verringerung ihrer Kapazitäten einschließen muß.

Wir treten achtens für freien internationalen Handels-, Zahlungs- und Kapitalverkehr ein, für die Stärkung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens. Wir lehnen jede Art von Protektionismus ab.

Der bevorstehenden GATT-Ministerratstagung messen wir gerade in dieser Zeit weltwirtschaftlicher Krisen besondere Bedeutung zu.

Wir bleiben neuntens bei einer auf Inflationsbekämpfung ausgerichteten Geld- und Währungspolitik. Wir halten an der Unabhängigkeit der Bundesbank fest.

Die Deutsche Bundesbank ist ein Garant der Stabilität unserer Währung; wir haben der Bundesbank viel zu verdanken. Wachstums- und Beschäftigungsprobleme können und dürfen nicht mit einer Geldpolitik der leichten Hand gelöst werden. Durch unsere Finanzpolitik werden wir die Bundesbank unterstützen, Bedingungen für eine weitere Senkung der Zinsen zu schaffen.

Wir haben zehntens ein haushaltspolitisches Dringlichkeitsprogramm beschlossen, das die zerrütteten Bundesfinanzen neu ordnen soll. Dabei wollen wir vorrangig die öffentliche Neuverschuldung durch eine strenge Haushaltsdisziplin wieder unter Kontrolle bringen.

Nach den jetzt vorliegenden katastrophalen Ergebnissen der Bestandsaufnahme werden wir für 1982 unverzüglich einen weiteren Nachtragshaushalt einbringen. Aufgrund rückläufiger Steuereinnahmen und kurzfristig nicht mehr änderbarer Ausgabenverpflichtungen wird die Nettokreditaufnahme für 1982 dabei auf rund 40 Milliarden Mark ansteigen, eine wahrlich schwere Erblast.

Für 1983 würde die Nettokreditaufnahme des Bundes nach jetzt geltendem Recht

sogar auf weit über 50 Milliarden Mark anschwellen. Dies ist nicht zu verantworten. Deshalb haben wir vereinbart,

— die von der alten Bundesregierung eingebrachten Begleitgesetze mit einigen Änderungen rasch zu verabschieden sowie

— den Bundeshaushalt 1983 durch weitere Kürzungen insbesondere bei den Subventionen und gesetzlichen Leistungen und durch eine frühzeitige Festlegung der Beamtenbesoldung zusätzlich um mindestens 5,5 Milliarden Mark zu entlasten.

Diese weitergehenden Beschlüsse werden nach einer ersten Schätzung auch für Länder und Gemeinden Verbesserungen um etwa 3 Milliarden Mark für 1983 bringen. Die Bundesregierung stellt sich damit ihrer Mitverantwortung für die Finanzlage aller öffentlichen Haushalte.

Wir leben in einer kritischen Wirtschaftslage. Sie erfordert einen schwierigen Balanceakt. Wir müssen eine überzeugende Konsolidierungspolitik betreiben, und wir dürfen gleichzeitig die Nachfrage nicht über Gebühr drosseln. Das verlangt Augenmaß und Geduld.

Der Sachverständigenrat hat zu Recht auf den Unterschied zwischen strukturellem und konjunkturbedingtem Defizit hingewiesen, das im voraus kaum abzuschätzen ist. Unsere Konsolidierungspolitik zielt eindeutig auf den strukturellen Kern. Deshalb haben die Sachverständigen dieser Politik im jüngsten Sondergutachten ein positives Urteil ausgestellt.

Wir werden in der neuen Wahlperiode weitere Vorlagen einbringen, um ab 1984 das strukturelle Defizit weiter zu verringern.

Unser Ziel heißt klar und deutlich:

Über geordnete Finanzen zurück zu einem geordneten Staat. Insgesamt stellen wir mit diesem Dringlichkeitsprogramm die Weichen zur Erneuerung:

— **weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt;**

— **weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung;**

— **weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit.**

Sicherung des sozialen Netzes

Unsere Politik der Erneuerung ist der einzige erfolgversprechende Weg, um auch die finanziellen Fundamente unseres sozialen Netzes zu festigen. Dafür müssen wir unseren Mitbürgern Opfer zumuten; dafür brauchen wir ihre Bereitschaft zur Solidarität. Diese Solidarität verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik.

Das, was Rentnern, Sozialleistungsempfängern, Beamten und anderen zugemutet werden muß, muß für alle gelten.

Die Atempause in der Sozialpolitik ist ein Signal und eine Chance der Neubesinnung und zum Neubeginn.

Um die Grundlagen für eine solide Sozialpolitik zu sichern, haben wir beschlossen:

Erstens. Die nächste Rentenanpassung wird um ein halbes Jahr auf den 1. Juli 1983 verschoben. Es bleibt bei der Erhöhung von 5,6 Prozent.

Auch der Anpassungstermin in der gesetzlichen Unfallversicherung, in der Kriegsopferversorgung, in der Altershilfe für Landwirte und im Bereich des Lastenausgleichs wird um ein halbes Jahr hinausgeschoben.

Aus der Verschiebung der Besoldungserhöhung ergeben sich entsprechende Wirkungen auch auf die Beamtenpensionen.

Die bereits beschlossene Beteiligung der Rentner am Krankenversicherungsbeitrag

wird ebenfalls auf den 1. Juli 1983 verschoben. Die sich abzeichnende Finanzlage der Rentenversicherung macht es erforderlich, daß die Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung in den nächsten zwei Jahren um jeweils zwei weitere Prozentpunkte angehoben wird.

Wir werden dafür sorgen, daß dabei die Kleinrentner und Kleinstrentner nicht in unzumutbarer Weise belastet werden.

Sollten sich die Wirtschaftsdaten kurzfristig noch weiter verschlechtern, so wird die Bundesregierung rechtzeitig Vorsorge treffen, um möglichen Liquiditätsproblemen der Rentenversicherung zu begegnen.

Zweitens. Die Finanzierungsprobleme der Bundesanstalt für Arbeit machen es notwendig, die Beiträge an die Rentenversicherung nach der Höhe der gewährten Lohnersatzleistung zu bemessen.

In der Arbeitslosenversicherung sollen Leistungen mehr als bisher nach der Dauer der Beitragszahlung gestaffelt werden.

Drittens. Zur Begrenzung des Kostenanstiegs in der gesetzlichen Krankenversicherung wird die Bundesregierung die Eigenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt auf 14 Tage erweitern. Gleichzeitig werden Kinder unter 18 Jahren von der Eigenbeteiligung befreit. Die sozial-medizinische Überprüfung von Krankenschreibung muß durch Stärkung des vertrauensärztlichen Dienstes verbessert werden.

Wer krankfeiert, ohne krank zu sein, handelt unsolidarisch und unsozial.

Wer einen anderen krank schreibt, obwohl dieser nicht krank ist, der beteiligt sich an der Ausbeutung des Versicherungssystems.

Die Bundesregierung verzichtet auf die bisher vorgeschlagene Absenkung der

Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit für die gesetzliche Krankenversicherung. Aber es ist unerläßlich, daß auch Ärzte, Zahnärzte, die pharmazeutische Industrie und Krankenhäuser zusammen mit den Versicherten selbst ihren Beitrag zur Begrenzung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen leisten.

Viertens. Wir wollen mehr Flexibilität im Arbeitsleben. Derjenige, der freiwillig früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden will, soll dazu die Möglichkeit erhalten, ohne daß dadurch die Rentenversicherung zusätzlich belastet wird.

Fünftens. In der nächsten Legislaturperiode muß die 1957 beschlossene Rentenreform an die veränderten demographischen und ökonomischen Bedingungen angepaßt werden, so daß sie auch in Zukunft Bestand hat.

Die Beitragsbezogenheit der Rente ist dabei für uns unverzichtbar. Den Bundeszuschuß wollen wir auf eine verlässliche Grundlage stellen. Die Hinterbliebenenversorgung muß entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes reformiert werden.

Sechstens. Zu unserer Gesellschaft gehört die Beteiligung breiter Schichten an der notwendigen Vermögensbildung in der Wirtschaft. Nach der Bundestagswahl werden wir deshalb einen Gesetzentwurf zur Förderung der breiten Vermögensbildung vorlegen.

Die Arbeitnehmer am Produktivkapital der Unternehmen zu beteiligen, bietet die Chance, die Kapitalbildung der Unternehmen zu verbessern und die Einkommens- und Vermögensverteilung durch eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik nicht zu Lasten der Arbeitnehmer zu verschieben.

Ziel unserer Sozialpolitik ist, die sozialen Leistungen von Staat und Gesellschaft auf

die wirklich Hilfebedürftigen zu konzentrieren.

Wo es Spielräume gibt, das Prinzip Leistung für Gegenleistung zu stärken, werden wir sie nutzen.

Wir werden den Sozialstaat erhalten, indem wir seine wirtschaftlichen Fundamente festigen.

Ausländerpolitik

Dritter Schwerpunkt unseres Dringlichkeitsprogramms bis zur Neuwahl ist die Ausländerpolitik.

Das Zusammenleben einer großen Zahl von Menschen anderer Mentalität, Kultur und Religion mit Deutschen stellt uns alle, Staat und Gesellschaft, Ausländer und Deutsche, vor schwierige Aufgaben. Sie erfordern Geduld und Toleranz, Realismus ebenso wie Mitmenschlichkeit.

Die Bundesregierung läßt sich bei ihrer Politik für die Ausländer von drei Grundsätzen leiten:

Erstens. Die Integration der bei uns lebenden Ausländer ist ein wichtiges Ziel unserer Ausländerpolitik. Integration bedeutet nicht Verlust der eigenen Identität, sondern ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben von Ausländern und Deutschen. Integration ist nur möglich, wenn die Zahl der bei uns lebenden Ausländer nicht weiter steigt. Vor allem gilt es, eine unbegrenzte und unkontrollierte Einwanderung zu verhindern.

Zweitens. Die Bundesregierung wird den Anwerbestopp beibehalten, den Familien nachzug begrenzen — gerade auch im Interesse der Kinder, die einen Anspruch auf Familie haben. Sie wird darauf hinarbeiten, daß durch Assoziierungsabkommen keine weitere Einwanderungswelle ausgelöst wird.

Drittens. Den Ausländern, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, muß die Rückkehr erleichtert werden. Jeder Mensch hat

ein Recht, in seiner Heimat leben zu dürfen. Die Ausländer in Deutschland sollen frei entscheiden können, aber sie müssen sich auch entscheiden, ob sie in ihre Heimat zurückkehren oder ob sie bei uns bleiben und sich integrieren wollen.

Die Bundesregierung setzt zur Verwirklichung dieses gemeinsamen Programms eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden ein, die ihre Empfehlungen und Vorschläge bis zum 1. März 1983 vorlegt.

Wir werden auch alles tun, um den Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern.

Außen- und Sicherheitspolitik

Der vierte Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit in den nächsten Monaten ist die Außen- und Sicherheitspolitik.

- Sie bleibt eine Politik für die Freiheit,**
- eine Politik für den Frieden in Europa und weltweit,**
- eine Politik für das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes,**
- eine Politik für die Einigung Europas und**
- eine Politik für die Menschenrechte und gegen Hunger und Not.**

Fundament deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sind das Nordatlantische Bündnis und die Freundschaft und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Es ist eine Allianz, die niemand bedroht, die Überlegenheit nicht anstrebt, dauerhafte Unterlegenheit aber um die Erhaltung des Friedens willen nicht hinnehmen kann und nicht hinnehmen will.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen zentralen Satz aus der Erklärung der Allianz vom 10. Juni 1982 in Erinnerung rufen:

„Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff.“

Unsere Freunde und Verbündeten, aber auch unsere Partner in aller Welt sollen wissen, daß sie sich auf die Geradlinigkeit und Berechenbarkeit unserer Politik verlassen können.

Eine schwankende Position ist für die Bundesrepublik Deutschland lebensgefährlich. Das Bündnis ist der Kernpunkt deutscher Staatsräson.

Hier verbinden sich

- die Grundwerte unserer freiheitlichen Verfassung, für die wir stehen,
- die wirtschaftlich-soziale Ordnung, in der wir leben, und
- die Sicherheit, die wir brauchen.

Daraus ergeben sich für die Bundesregierung klare Prioritäten:

Erstens: Wir werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielficht befreien, die Freundschaft bekräftigen und stabilisieren.

Ich werde deshalb schon in wenigen Tagen nach Washington reisen, um

- die Partnerschaft durch verstärkte Konsultationen zu vertiefen und
- den gegenseitigen Austausch auf allen Ebenen zu erweitern.

Zweitens: Die Bundesregierung erneuert ihr Bekenntnis zum Atlantischen Bündnis. Es ist die Grundlage unserer Politik der aktiven Friedenssicherung. Einer steht für den anderen ein — in der Abwehr einer gemeinsamen Gefahr — das ist Sicherheitspartnerschaft.

Wir unterstreichen ohne Vorbehalte die im Harmel-Bericht festgelegte, auf dem Bonner NATO-Gipfel bekräftigte Gesamtstrategie des Bündnisses für unsere Beziehungen mit dem Osten. Sie enthält die In-

strumente für eine erfolgreiche Friedenssicherung in Europa:

— Gleichgewicht und Verteidigungsfähigkeit,

— Abrüstung und Rüstungskontrolle,

— Dialog und Zusammenarbeit.

Die Bundesregierung tritt für eine faire Verteilung der Lasten in der Allianz ein.

Drittens: Unser vordringliches Ziel ist es, das notwendige militärische Gleichgewicht durch konkrete, ausgewogene und nachprüfbare Verhandlungsergebnisse auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen herzustellen und zu stabilisieren.

Frieden schaffen ohne Waffen: das ist ein verständlicher Wunsch, ein schöner Traum, aber eine gefährliche Illusion.

Frieden schaffen nur durch Waffen: das wäre eine tödliche Verblendung.

Frieden schaffen mit immer weniger Waffen: das ist die Aufgabe unserer Zeit.

Wir unterstützen deshalb die im Bündnis abgestimmten Initiativen, die in ihrer Gesamtheit das bisher umfassendste Rüstungskontrollangebot an die sowjetische Seite darstellen.

Die Bundesregierung steht uneingeschränkt zum Doppelbeschluß der NATO von 1979, der Verhandlungen über die Reduzierung und Begrenzung sowjetischer und amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme bietet. Sie wird die Beschlüsse erfüllen und nach innen vertreten: den Verhandlungsteil und — wenn notwendig — auch den Nachrüstungsteil. Und sie wird daran erinnern, daß es zu den Verdiensten eines sozialdemokratischen Kanzlers gehört, den Beschluß gefordert und im Bündnis durchgesetzt zu haben.

Nur wenn die Sowjetunion weiß, daß sie mit einer Stationierung der amerikanischen Systeme ab Ende 1983 in Europa

fest rechnen muß, kann mit ihrer Bereitschaft gerechnet werden, zu guten Verhandlungsergebnissen beizutragen.

Die Bundesregierung hält am westlichen Verhandlungsziel der beiderseitigen Null-Lösung fest, das heißt, am völligen Verzicht auf landgestützte sowjetische und amerikanische Mittelstreckensysteme.

Ich appelliere auch in dieser ersten Regierungserklärung an die Sowjetunion, positiv auf diesen Vorschlag einzugehen.

Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich den im Rahmen der START-Verhandlungen gemachten amerikanischen Vorschlag, den Bestand der strategischen Kernwaffen beider Seiten einschneidend zu verringern.

Wir wollen, daß bei den Wiener Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenvermindierungen baldige Verhandlungsfortschritte erreicht werden.

Darüber hinaus treten wir im Rahmen der KSZE für die Schaffung eines Rüstungskontrollforums ein, das ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural umfaßt.

Wir werden uns auf dem KSZE-Folgetreffen nachdrücklich für die Verabschiedung eines ausgewogenen Schlußdokuments für ein präzises Mandat zur Einberufung einer Konferenz über Abrüstung in Europa einsetzen. Sie soll in einer ersten Phase neue und militärisch bedeutsame, vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa erarbeiten.

Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen der Vereinten Nationen für die Fortsetzung des sicherheitspolitischen Dialogs mit der Dritten Welt ein. Dabei mißt sie der Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen besondere Bedeutung zu.

Im Rahmen des Genfer Abrüstungsausschusses verfolgt die Bundesregierung

das Ziel des völligen Verbots chemischer Waffen durch ein weltweites, zuverlässig überprüfbares Abkommen. Damit würden chemische Waffen auch in ganz Europa abgeschafft.

Nach den geschichtlichen Erfahrungen unseres Volkes sagen wir allen Bürgern unseres Landes und wir sagen es allen Völkern der Welt:

Wir, die Deutschen, wollen weder einen nuklearen Krieg noch einen konventionellen Krieg. Wir wollen den Frieden in Freiheit.

Viertens. Wir wollen neue Wege zur Einigung Europas öffnen. Die europäische Idee hat Versöhnung über die Grenzen hinweg geschaffen und den Grundstein für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa gelegt. Europapolitik war und ist immer zuerst eine Politik für den Frieden in Freiheit.

Das müssen wir wieder mehr als bisher ins Bewußtsein unserer Bürger bringen durch ganz konkrete Schritte:

durch den Abbau der Grenzkontrollen,
durch intensivere Kulturbeziehungen,
durch mehr Jugendaustausch.

Der Bürger muß spüren, daß die Europäische Gemeinschaft auch seinem persönlichen Interesse dient.

Unser Ziel bleibt die Politische Union Europas:

— Wir müssen die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen verbessern.

— Der Ministerrat muß sich wieder als Organ der Gemeinschaft verstehen und sich von gemeinsamen europäischen Interessen leiten lassen. In den von den Verträgen vorgesehenen Fällen muß er Beschlüsse mit Mehrheit fassen.

— Das Europäische Parlament muß gestärkt werden, damit von ihm wichtige politische Impulse ausgehen können. Dazu

gehören vorrangig der Ausbau seiner Kompetenzen und die gemeinsame Arbeit an einer europäischen Verfassung.

— Die Bundesregierung unterstützt den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft.

— Die Gemeinschaft muß ihre Anstrengungen erheblich verstärken, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und regionale Ungleichgewichte zu verringern. Die gemeinsame Agrarpolitik wird beim Ausbau Europas weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Dem politischen Ausbau der Gemeinschaft dient die deutsch-italienische Initiative für eine Europäische Akte. Sie soll eine neue politische Perspektive auf dem Weg zur Europäischen Union geben.

Fünftens: Jede Bundesregierung muß der besonderen Verantwortung Rechnung tragen, die sich durch die Teilung unseres Landes und seine Lage an der Nahtstelle zum Osten ergibt. Aktive Friedenspolitik gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas ist Aufgabe deutscher Außenpolitik. An erster Stelle stehen für uns die Interessen der Menschen.

Auf der Grundlage der geschlossenen Verträge und der Schlußakte von Helsinki wird sich die Bundesregierung um echte Entspannung, um Dialog und Zusammenarbeit bemühen. Wir wollen das in unseren Kräften Stehende dazu beitragen, die Teilung Deutschlands und Europas für die Menschen erträglicher zu machen und gute Beziehungen zu unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa zu unterhalten.

Den Beziehungen zur Sowjetunion wird die Bundesregierung besondere Aufmerksamkeit widmen und ihre kontinuierliche Weiterentwicklung anstreben. Die Bundesregierung kann jedoch die schweren Hindernisse und Rückschläge nicht übersehen, die durch die sowjetische Intervention in Afghanistan, durch die bedrückende Lage in Polen und vor allem durch die

sowjetische Überrüstung entstanden sind. Wir werden jede Gelegenheit nutzen, im Gespräch mit Repräsentanten der sowjetischen Führung die Verantwortlichkeiten hierfür klarzustellen und auf positive Änderungen zu drängen.

Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung in Polen mit Anteilnahme und großer Sorge. Sie will auf dem Wege der Verständigung mit dem polnischen Volk fort-schreiten und den Vertrag vom 7. Dezember 1970 im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit Leben erfüllen.

Zugleich erinnere ich nachdrücklich an die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom 18. Dezember 1981:

Wir fordern, das Kriegsrecht aufzuheben; alle Verhafteten zu entlassen; den Dialog mit der Kirche fortzuführen und das Verbot der Solidarität wieder aufzuheben.

Das Verbot der unabhängigen Gewerkschaft Solidarität ist nicht nur ein Bruch gegebener Versprechen der polnischen Regierung, nicht nur ein Verstoß gegen die Schlußakte von Helsinki, sondern auch ein kalter Handstreich gegen das polnische Volk.

Am letzten Sonntag wurde Pater Maximilian Kolbe heiliggesprochen. Er hat in Auschwitz sein Leben als Märtyrer der Versöhnung geopfert. Ich will dies zum Anlaß nehmen, um den Kirchen für die Wegbereitung der Verständigung zwischen unseren beiden Völkern zu danken. Die Bundesregierung wird diese Arbeit nachhaltig unterstützen.

Wir rufen unsere Mitbürger auf, auch weiterhin zu helfen. Die Bundesregierung wird für die Weihnachtszeit wieder Portofreiheit für Geschenkpakete gewähren.

Die Bundesregierung sieht in den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und den übrigen RGW-Staaten einen

wichtigen Teil ihrer gesamten Ost-West-Beziehungen. Sie erwartet, daß auch die Sowjetunion ihrer Verantwortung für die Ost-West-Beziehung entspricht.

Die Bundesregierung wird die Wirtschaftsbeziehungen fortsetzen auf der Basis der bestehenden Verträge — im Einklang mit dem Harmel-Bericht, der Bonner Erklärung der Allianz vom Juni 1982 und den Vereinbarungen des Wirtschaftsgipfels von Versailles. Dabei wird sie selbstverständlich die Sicherheitsinteressen des Bündnisses voll berücksichtigen.

Die Schlußakte von Helsinki ist eine Charta für das Zusammenleben der Staaten in Europa. Sie ist bedeutsam auch für die Menschen. Sie liegt deshalb auch in unserem Interesse. Die Bundesregierung will den KSZE-Prozeß fortsetzen.

Sechstens: Der Friede in der Welt wird nicht nur bedroht durch Waffen, sondern ebenso durch Armut, Hunger und Tod in vielen Teilen der Welt.

Die Bundesregierung wird deshalb im Rahmen ihrer weltweiten Friedenspolitik weiterhin auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt hinwirken. Unser Ziel ist eine Weltordnung friedlicher Zusammenarbeit.

Die Solidarität mit den Armen in der Dritten Welt geht jeden Bürger unseres Landes an. Staat, Kirchen, Wirtschaft und privates Engagement gesellschaftlicher Gruppen müssen zusammenwirken. Die Entwicklungspolitik wird seit Jahren von der großen Mehrheit unserer Mitbürger mitgetragen. Diese gemeinsame Überzeugung gilt es zu erhalten und zu stärken. Weite Kreise unserer Jugend geben uns hierbei ein gutes Beispiel.

Die Dynamik des privaten Sektors muß die öffentliche Entwicklungshilfe ergänzen. In der mittelständischen Wirtschaft und im Handwerk können wir noch erhebliche Reserven erschließen. Private Initiative muß

auch in den Entwicklungsländern stärker zum Motor der Entwicklung eines gesunden Wachstums der Wirtschaft werden.

Wir respektieren die Unabhängigkeit der Staaten der Dritten Welt und unterstützen ihre Bemühungen um wirkliche Blockfreiheit. Wir wenden uns gegen jede Politik der Vorherrschaft.

Wir lehnen Gewalt, Intervention und Einmischung ab. Wir treten ein für die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt.

Siebtens: Wir wollen Frieden in Freiheit. Ohne die Bundeswehr hätte es für uns nicht über dreißig Jahre Frieden gegeben. Und ohne die Bundeswehr gibt es auch in der Zukunft keinen Frieden. Wer für Frieden in Freiheit steht, braucht sich nicht zu verstecken. Der Dienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst und damit ein Ehrendienst.

Ein Volk, das nicht zur Verteidigung entschlossen ist, verspielt mit der Freiheit auch den Frieden. Wir alle müssen uns mehr als bisher anstrengen, vor allem die jungen Bürger vom Sinn der Verteidigung und der Bundeswehr zu überzeugen.

Die allgemeine Wehrpflicht ist für unsere Verteidigung unerläßlich. Theodor Heuss hat sie zu Recht als das legitime Kind der Demokratie bezeichnet.

Wir werden dafür sorgen müssen, daß die Lasten für die Landesverteidigung gerechter verteilt werden.

Wenn wir die Bereitschaft der jungen Menschen zu diesem Dienst stärken wollen, dann müssen alle für die Gemeinschaft in die Pflicht genommen werden. Wer Rechte hat, hat Pflichten. Viele Jugendliche verstehen nicht, daß 4 von 10 eines Jahrgangs weder zum Wehrdienst noch zum Zivildienst herangezogen werden.

Die Regierungsparteien haben vereinbart, Vorschläge zur Wehrgerechtigkeit zu erarbeiten, d. h. zum Verfahren der Anerkennung von Wehrdienstverweigerung und zur Ausgestaltung des Ersatzdienstes wie auch zur Sicherung einer ausreichenden Zahl von Zivildienstplätzen.

Perspektiven unserer Politik

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen jetzt die dringlichsten Aufgaben dargelegt, die wir in den nächsten Monaten in Angriff nehmen wollen. Damit machen wir einen Anfang für die Politik der Erneuerung, erste Schritte auf dem Weg aus der Krise. Unsere Bürger haben aber einen Anspruch darauf, zu erfahren, welche Ziele und Grundsätze unsere Politik für die weitere Zukunft bestimmen.

Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht

Diese Regierung wird eine neue Gemeinsamkeit begründen — eine Gemeinsamkeit der politischen Mitte in Deutschland.

Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht erfordert inneren Frieden. Diesen Frieden zu stiften, ist die wichtigste Aufgabe unserer Rechtsordnung.

Wir verstehen das Recht nicht als ein Herrschaftsinstrument gesellschaftlicher Klassen, sondern als Verständigung freier Bürger auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Wir wollen unseren freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat ausbauen.

Wir wollen den Staat auf seine ursprünglichen Aufgaben zurückführen, zugleich aber dafür sorgen, daß er diese zuverlässig erfüllen kann. Dies erfordert einen leistungsfähigen und verfassungstreuen öffentlichen Dienst. Die Stärkung des Berufsbeamtentums ist für diese Bundesregierung Verpflichtung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich die Anstrengungen des einzelnen für ihn wieder lohnen und zugleich zu einem Fortschritt für das Ganze führen; wir wollen weder eine Ellenbogengesellschaft des Kapitalismus noch eine Ellenbogengesellschaft des Sozialismus. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen sich selbst etwas zutrauen und nicht auf den Staat warten.

Wir wollen eine Gesellschaft, die sich ihrer Verantwortung für die Natur bewußt ist. Energieverantwortung und Naturvorsorge helfen unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz bilden keinen Gegensatz. Eine zukunftsorientierte Wirtschaft benötigt die Erhaltung ihrer ökologischen Grundlagen. Wirksamer Umweltschutz ist in Wahrheit nur mit der Technik und nicht gegen sie möglich.

Ich bitte alle Bürger, den Schatz unserer Natur, Boden, Wasser und Luft, pfleglich zu nutzen. Wir stellen uns der Herausforderung, den Reichtum unserer Pflanzen- und Tierwelt zu erhalten. Dabei vertrauen wir besonders auf die Mitarbeit unserer Landwirtschaft.

Die bisherigen Erfolge in der Umweltschutzpolitik beruhen auf dem Zusammenwirken aller im Bundestag vertretenen Parteien. Diese Zusammenarbeit wollen wir verstärken und vertiefen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Wissenschaft und Forschung in Freiheit entfalten können. Sie sind in einer großen Tradition Teil unserer geistigen Kultur, gleichzeitig Ursprung neuer Technik und zukunftssicherer Arbeitsplätze. Unser Land kann auf eine Leistungselite nicht verzichten.

Eine freie Gesellschaft setzt voraus, daß sich in ihr die Vielfalt der Meinungen Gehör verschafft. Die Massenmedien tragen

eine hohe Verantwortung für die Erhaltung und Stärkung unserer freiheitlichen Ordnung.

Die Vielfalt der Meinungen verlangt Vielfalt der Organisationsformen. Die politische Blockade des Ausbaus moderner Kommunikationstechnologien wird beendet. Die Bundesregierung wird im Zusammenwirken mit den Bundesländern die Medienordnung erneuern. So sollen die Meinungsvielfalt erhöht, die Urteilskraft des Bürgers herausgefordert und der Informations- und Meinungsaustausch über nationale Grenzen hinaus gestärkt werden.

Wir sind angetreten, dem Bürger mehr Freiheit, nicht mehr Staat zu bringen. Wir begreifen uns nicht als Vormund gesellschaftlicher Gruppen und deswegen respektieren wir uningeschränkt die Tarifautonomie.

An dieser Stelle richte ich ein Wort des Dankes und der Anerkennung an die Gewerkschaften. Wir alle wissen, welch bedeutenden Beitrag die Gewerkschaftsbewegung zum wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau unseres Landes geleistet hat. Ich habe sogleich nach meiner Amtsübernahme den Dialog mit den Gewerkschaften aufgenommen. Wir werden ihn fortsetzen.

Vor dem Parlament aber richte ich an jeden einzelnen, an jede Gruppe unseres Landes, an Gewerkschaften und Arbeitgeber, an Industrie und mittelständisches Gewerbe, an Arbeiter, Angestellte, Beamte, an die Angehörigen der freien Berufe, an die Handwerker wie die Bauern, an alle die Bitte:

Unterstützen Sie uns bei dem Bemühen, die Krise zu meistern und neue Zuversicht und Hoffnung zu wecken.

Diese Bitte richte ich ausdrücklich auch an die Opposition. Die parlamentarische Demokratie braucht die Opposition. Wir

können und wir werden uns streiten über den richtigen Weg, aber sprechen wir uns nie den guten Willen ab, das Beste für unser Vaterland zu wollen.

Subsidiarität

Die wirtschaftlichen Probleme wiegen schwer, und sie erfordern unsere ganze Kraft. Die meisten Menschen leiden heute weniger an materieller Armut; viele leiden an Einsamkeit, Mangel an Geborgenheit und Mitmenschlichkeit.

Es mangelt ihnen an Gütern, die sie auf dem Markt nicht kaufen und vom Staat nicht erhalten können.

Ich zitiere Wilhelm Röpke, einen der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft:

„Marktwirtschaft ist eine notwendige, aber keine ausreichende Bedingung einer freien, glücklichen, wohlhabenden, gerechten und geordneten Gesellschaft.“

Und er fügte hinzu:

„Das schließliche Schicksal der Marktwirtschaft entscheidet sich — jenseits von Angebot und Nachfrage.“

So dürfen wir über dem wirtschaftlichen Wohlstand nicht das seelische Wohlergehen der Menschen vergessen. Der „Reichtum der Nationen“ beruht nicht nur auf ökonomischen Zuwachsraten, sondern auch auf menschlichen Werten, auf Tugenden und Bindungen.

Wir sind in unserer Entwicklung nach über 30 Jahren an einem Scheideweg angekommen. Wir müssen entscheiden, in welche Richtung wir weitergehen wollen:

— weiter in Richtung mehr Staat, zu immer größeren Mammuteinheiten in Verwaltungen, Schulen, Krankenhäusern oder

— umkehren in Richtung überschaubarer Einheiten, umkehren zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Wenn wir den alten Weg gedankenlos weitergehen, stürzen wir den Menschen in die neue Entfremdung eines anonymen, bürokratischen Wohlfahrtsstaates, kaum daß wir ihn durch die Soziale Marktwirtschaft aus der Entfremdung des Kapitalismus befreit haben.

Wir wollen, daß Länder und Gemeinden wieder mehr zu ihrem Recht kommen. Die föderative Ordnung ist mehr als ein Verfassungsprinzip. Sie ist das Ergebnis unserer Geschichte, sie ist Ausdruck unserer Kultur, die von Verteilung und Kontrolle der Macht, von Freiheit und Eigenverantwortung geprägt ist. Die Aufgaben, die Länder und Gemeinden wirksamer als der Bund erfüllen können, sollen sie selbst wahrnehmen.

Wir wollen mehr Selbst- und Nächstenhilfe der Bürger füreinander. Das politische Strukturprinzip dafür ist die Subsidiarität. Es verlangt die Vorfahrt für die jeweils kleinere Gemeinschaft. Was diese zu leisten vermag, das soll ihr die größere nicht abnehmen.

Familie, Nachbarschaft, freie Träger, Initiativ- und Selbsthilfegruppen und soziale Dienste können mehr Bürgersinn und Bürgerverantwortung erzeugen, als es großen und anonymen Institutionen je möglich sein wird.

Unsere Sozialpolitik wird überall dort helfen, wo es möglich ist, freiwillige soziale Initiativen von Bürgern zu wecken, aufzubauen und zu erhalten.

Wir werden deshalb einen Wettbewerb sozialer Initiativen ins Leben rufen und besondere Beispiele praktizierter Mitmenschlichkeit auszeichnen. Wir wollen nicht nur über schlechte Beispiele klagen, sondern durch gute Beispiele Zeichen setzen.

Auch künftig muß unser Staat denen helfen, die in Not und wirklich bedürftig sind. Aber nur wenn verstärkt Menschen Menschen helfen, wächst die menschliche Qualität unseres Gemeinwesens.

Die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre Mitverantwortung und Mitgestaltung des Gemeinwohls sind eine unverzichtbare Bedingung des freiheitlichen Staates und der freiheitlichen Gesellschaft. Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht braucht die Stimme der Kirchen, ihr soziales Engagement und ihre tätige Nächstenliebe. Wir danken den Kirchen für ihre großen Leistungen.

Jugend

Meine Damen und Herren, in unseren Tagen ist es zur Mode geworden, über die junge Generation zu klagen. Ich halte die meisten dieser Klagen für übertrieben und weithin unzutreffend. Die große Mehrheit unserer jungen Mitbürger bietet uns in ihrer unverbrauchten Phantasie und ihrer Bereitschaft zum Dienst am Nächsten ein Beispiel an.

Die Bundesregierung begrüßt die Mitarbeit so vieler junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, in Gruppen und Vereinen, mit sozialen, politischen, kulturellen, kirchlichen und sportlichen Aufgaben. Dort suchen und finden junge Menschen Kameradschaft und Freundschaft, menschliche Nähe und Geborgenheit. Dort nutzen sie die Möglichkeit, im Engagement für andere der eigenen Tätigkeit Sinn zu geben. Wir sollten dies häufiger ansprechen und anerkennen. Auch das ist ein Stück Beitrag zum Gespräch mit der jungen Generation.

Die Bundesregierung wird die neuen sozialen Bewegungen und die von ihnen getragenen Projekte junger Menschen ernst nehmen; sie wird sich mit

ihren Formen und Inhalten konstruktiv auseinandersetzen. Junge Menschen haben einen Anspruch auf Verständnis, aber sie haben auch einen Anspruch auf Widerspruch.

Die Bundesregierung weiß, daß gerade unsere jungen Mitbürger von uns erwarten, daß wir alles tun, um die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit abzubauen. Daß so viele Heranwachsende den Schritt in das Berufsleben als Erfahrung der Arbeitslosigkeit erleben müssen, bewirkt Bitterkeit und oft Resignation. Wir werden nichts unversucht lassen, um unseren jungen Mitbürgern eine möglichst gute Ausbildung und, wenn möglich, Arbeitsplätze zu sichern. Die Zukunft unseres Landes beruht auf der Qualifizierung und der Bildung und Ausbildung der jungen Generation.

Ich habe am vergangenen Freitag in einem ersten Gespräch mit den Spitzenvertretern der deutschen Wirtschaft, des Handels, der Banken und des Handwerks darauf hingewiesen, wie drängend dieses Problem ist. Ich habe Zusagen erhalten und bin dafür dankbar. Ich bin sicher, daß diese Versprechen wie in der vergangenen Zeit auch diesmal eingelöst werden.

Familie

Ein zentraler Punkt unserer Politik ist die Familienpolitik. In der Familie lernen die Menschen Tugenden und Verhaltensweisen, die unserer Gesellschaft ein menschliches Gesicht geben: Liebe, Vertrauen, Rücksichtnahme auf andere, Opferbereitschaft, Mitverantwortung.

Unser Leitbild ist die partnerschaftliche Familie, die geprägt ist von Partnerschaft zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern. Die Gemeinschaft von Eltern und Kindern bietet Lebenserfüllung und Glück.

Unsere freiheitliche Gesellschaft kennt kein bestimmtes Leitbild der Frau, weder

das der Hausfrau noch das der berufstätigen Frau. Immer mehr Frauen sehen im Beruf einen ebenso selbstverständlichen Teil ihrer Lebensplanung wie in der Familie.

Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, mehr Möglichkeiten zu schaffen, Familie und Beruf miteinander zu verbinden, für Frauen wie für Männer. Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung sind solche Möglichkeiten, deren Verwirklichung wir durch gesetzliche Vorschriften erleichtern werden.

Beruf ist aber für uns nicht nur die außerhalb des Hauses Erwerbstätigkeit; Beruf ist für uns ebenso die Tätigkeit im Haus und bei der Familie und den Kindern. Deshalb wird die Bundesregierung die eigenständige soziale Sicherung der Frau verbessern und so bald wie möglich Erziehungsjahre in der Rentenversicherung einführen.

Mit der Zahl der Kinder wird die wirtschaftliche Leistungskraft der Familie geschwächt. Deshalb besitzt der Familienlastenausgleich eine ganz hohe Bedeutung.

Trotz der schwierigen Finanzlage haben wir eine pauschale Kürzung des Kindergeldes nicht vorgesehen. In einer Zeit knapper Kassen ist es ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, daß Eltern mit höherem Einkommen sich mit weniger Kindergeld abfinden. Wir verlangen die notwendigen Opfer nicht von den Einkommensschwachen, sondern von denen, die diese Opfer leichter tragen können.

Das Steuerrecht werden wir familienfreundlicher gestalten. Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 wird das bisherige Ehegattensplitting in ein Familiensplitting umgewandelt.

Nicht nur die Kleinfamilie, sondern auch die Gemeinschaft der Generationen in der Familie gibt einer Gesellschaft ihr

menschliches Gesicht. Gerade im Zusammenhalten der Generationen, im Füreinandereinstehen in Notsituationen, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit erweist sich die Kraft der Lebensgemeinschaft Familie. Sie kann hier mehr leisten, als staatliche Hilfen allein es je könnten.

Die Bundesregierung wird durch entsprechende Förderungsmaßnahmen des Wohnungsbaus helfen, daß wieder häufiger mehrere Generationen unter einem Dach leben, daß Kinder ihre Eltern im Alter pflegen und betreuen können. Dafür brauchen wir mehr soziale Dienste, z. B. Sozialstationen, die sich in vielen Ländern der Bundesrepublik Deutschland auch als Mittelpunkt ehrenamtlicher Mitarbeit segenreich auswirken.

Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland und seine katastrophalen Folgen erfüllen die Bundesregierung mit großer Sorge. Wir wissen, daß sich viele Eltern mehr Kinder wünschen, als sie tatsächlich haben. Die Bundesrepublik Deutschland muß wieder ein kinderfreundliches Land werden.

Deutschlandpolitik

Zur Erneuerung gehört die Besinnung auf die deutsche Geschichte. Der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen. Die deutsche Nation ist geblieben und sie wird fortbestehen.

Die Überwindung der Teilung ist nur in historischen Zeiträumen denkbar.

Das Jahr 1983 erinnert uns an Höhen und Tiefen unserer Geschichte:

Vor 500 Jahren wurde Martin Luther geboren.

Vor 50 Jahren begann die deutsche Diktatur und mit ihr der Weg in die Katastrophe.

Vor 30 Jahren erhoben sich die Arbeiter in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft.

Diese Ereignisse mahnen uns an unsere eigene Geschichte.

Unsere Republik, die Bundesrepublik Deutschland, entstand im Schatten der Katastrophe; sie hat inzwischen ihre eigene Geschichte. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 entsteht, gewidmet der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation.

Wir können die Einheit der Nation nicht erzwingen. Für uns gilt die Präambel des Grundgesetzes:

„Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefördert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sind und können nicht das letzte Wort zwischen Ost und West, in Deutschland, in Europa und in der Welt, sein. Menschlichkeit und Vernunft weigern sich, dies hinzunehmen.

Gedanken sind frei, und Menschen müssen von Deutschland nach Deutschland gehen können ohne Todesgefahr.

Der Wille des Grundgesetzes hat in die vertraglichen Abmachungen mit unseren westlichen Freunden, aber auch in die Verträge mit den östlichen Nachbarn Eingang gefunden.

Wir respektieren die Rechte und die Verantwortlichkeit der vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin. Die drei Westmächte unterstützen unsere Deutschlandpolitik.

Mit dem Osten ist ein modus vivendi vereinbart. Wir stehen zu diesen Verträgen.

Wir werden sie nutzen als Instrumente aktiver Friedenspolitik.

Die DDR kann sich darauf verlassen, daß wir zu übernommenen Verpflichtungen stehen. Und wir erwarten, daß die DDR sich ebenfalls an Inhalt und Geist dieser Verträge hält: Den Frieden in der Mitte Europas auch dadurch zu festigen, daß Gewalt bei der Verfolgung politischer Ziele ausgeschlossen, die Lage der voneinander getrennten Menschen verbessert wird.

Es gilt das Wort von Hans-Dietrich Genscher: „Deutschlandpolitik ist europäische Friedenspolitik.“

Der Brief zur deutschen Einheit vom 12. August 1970, der zu den Vertragswerken gehört, formuliert unzweideutig das Ziel unserer Politik: „Auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Die Zusammenarbeit der deutschen Staaten muß im Interesse der Deutschen und ihrer Nachbarn in Europa verbessert werden. Wir werden die laufenden Verhandlungen und Gespräche fortsetzen. Wir sind an umfassenden, längerfristigen Abmachungen zum Nutzen der Menschen und auf der Grundlage der geltenden Abkommen interessiert.

Unter Vertragstreue versteht die Bundesregierung, daß nicht nachträglich in Frage gestellt werden darf, worüber zwischen beiden Partnern bei Vertragsabschluß Einvernehmen bestand. Dazu gehört auch die Übereinstimmung, daß im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag bestimmte grundsätzliche Fragen offen geblieben sind. Diese können auch heute nicht geregelt werden.

Es entspricht nicht unserer Auffassung von Vertragstreue, wenn die Regelung

dieser Fragen zur Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Beziehungen gemacht würde.

Der innerdeutsche Handel bleibt ein wichtiges Element der Zusammenarbeit. Auf der Grundlage des Berliner Abkommens von 1951 und seiner Zusatzvereinbarung ist die Bundesrepublik Deutschland — auch zum Wohle Berlins — zur Ausweitung dieses Handels bereit.

Wir bestehen aber auf der Rücknahme der Erhöhung des Mindestumtausches für Besucher Ost-Berlins und der DDR.

Die DDR kann ihre Bereitschaft und ihren Willen, die Beziehungen zu verbessern, leicht zu erkennen geben. Die Regierung der DDR kennt unsere Wünsche zur Verbesserung des Reise- und Besucherverkehrs, vor allem für Berlin. Die DDR hat in diesem Jahr kleine Schritte in diese Richtung getan. Aber von Normalisierung und dem im Grundlagenvertrag angestrebten Verhältnis guter Nachbarschaft sind wir noch weit entfernt.

Berlin

Die Lage Deutschlands spiegelt sich im Brennpunkt Berlin. Die Bundesregierung versteht Berlin als politische Aufgabe und als Chance aller Deutschen.

Die Bundesregierung tritt ein

— für strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächteabkommens über Berlin,

— für Konsolidierung und Entwicklung der Bindungen Berlins an den Bund und

— für die Wahrung der Außenvertretung Berlins durch den Bund.

Die Bundesregierung fördert die gemeinsamen Anstrengungen, die zum Ausgleich für die isolierte Lage Berlins erforderlich

sind. Dies gilt für die Berlinhilfe und die Berlinförderung ebenso wie für die Verbindungswege von und nach Berlin.

Die Bundesregierung wird sich für die Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins einsetzen. Ziel ist es, den langjährigen, weit überdurchschnittlichen Rückgang der industriellen Arbeitsplätze zu beenden und zukunftssichere, wettbewerbsfähige Beschäftigung zu sichern.

Ich werde gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin die Repräsentanten der deutschen Wirtschaft nach Berlin einladen, um mit ihnen die Möglichkeiten eines verstärkten Berlin-Engagements zu besprechen.

Die soziale und wirtschaftliche Lebensfähigkeit befähigt Berlin, Aufgaben für alle Deutschen wahrzunehmen. Berlin bleibt Gradmesser für die Ost-West-Beziehungen.

Berlin ist Symbol für die Offenheit der deutschen Frage.

Die Menschen in ganz Deutschland, diesseits und jenseits der Mauer, dürfen versichert sein: Wir werden zäh, geduldig und friedfertig unserem deutschen Vaterland dienen.

Unser Volk braucht neue Hoffnung, neue Zuversicht, neues Selbstvertrauen. Wir wissen, daß unsere Mitbürger an unsere Politik der Erneuerung hohe Erwartungen richten.

Die erste deutsche Demokratie ist von den Extremen von links und rechts zerstört worden. Die zweite deutsche Demokratie ist aus der politischen Mitte des Volkes aufgebaut worden; und sie wird — davon bin ich überzeugt — aus dieser Mitte die Kraft zur Erneuerung finden. Deshalb blicken wir mit Zuversicht in die Zukunft.

Unsere Zuversicht gründet auf dem, was wir leisten können, woran wir glauben, dazu stehen wir.

Erstens. Wir glauben an die Würde des Menschen, seine Einzigartigkeit und seine Freiheit. Dies verbindet uns alle.

Zweitens. Wir sind davon überzeugt, daß freie Initiative und Leistung für den einzelnen wie für das Ganze besser sind als staatliche Lenkung und Bevormundung. Wir vertrauen auf den Bürger, der seine Zukunft in seine Hände nimmt.

Drittens. Wir wissen, daß Leistung, das schöpferische Schaffen der Menschen, einen sozialen Sinn hat und auch eine soziale Verpflichtung ist. Wer Leistung verweigert, obwohl er leisten könnte, handelt unsozial. Er beutet seinen Nächsten aus.

Viertens. Wir halten es für gerecht, den Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung wieder stärker herauszustellen. Wer diesen Zusammenhang leugnet, macht unser Volk ärmer und gefährdet die Grundlagen sozialer Sicherheit.

Fünftens. Wir treten dafür ein, daß der Schwache und Notleidende einen Anspruch auf solidarische Hilfe aller hat. Aber

wir wissen auch, daß die Menschen mehr brauchen als Geld und staatliche Betreuung.

Sechstens. Wir vertrauen auf den Willen zur Gemeinsamkeit in unserem Volk. Wir wissen, daß es Partnerschaft und Solidarität über alle Gruppen und alle sozialen Grenzen hinweg gibt.

Siebtens. Wir glauben daran, daß es vornehmste Pflicht freier Bürger ist, keine Anstrengung zu unterlassen, um die

Freiheit zu verteidigen und anderen die Hoffnung auf Freiheit zu erhalten. Unverändert gilt, womit Konrad Adenauer am 20. September 1949 seine erste Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag beendete:

„Wir hoffen — das ist unser Ziel —, daß es uns mit Gottes Hilfe gelingen wird, das deutsche Volk aufwärts zu führen und beizutragen zum Frieden in Europa und in der Welt.“

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Werbe- und Informationsmaterial zur Regierungserklärung

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl ist Grundlage der künftigen Regierungsarbeit. Für die CDU gilt es nun, diese Regierungserklärung und die Politik der CDU im Gespräch mit unseren Bürgern offensiv zu vertreten und damit die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl mit allen Kräften zu unterstützen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle stellt hierzu Werbe- und Informationsmaterial:

■ CDU-Zeitung zur Regierungserklärung

Die 4seitige Zeitung gibt, aktuell und journalistisch aufgemacht, die zentralen Punkte der Regierungserklärung wieder und schildert die ersten Aktivitäten und Maßnahmen des Bundeskanzlers Helmut Kohl. Ebenfalls wird deutlich dargestellt, welches schlimme Erbe die SPD hinterlassen hat.

Die Zeitung kann ab sofort beim IS-Versandzentrum bestellt werden. Die Auslieferung erfolgt ab Dienstag, 19.

Oktober. Die Kreisverbände erhalten eine Grundausrüstung von 1000 Exemplaren.

Bestell-Nr.: 2348

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM

■ Broschüre Regierungserklärung

Der Wortlaut der Regierungserklärung wird in einer Broschüre wiedergegeben, die ebenfalls sofort beim IS-Versandzentrum bestellt werden kann. Die Auslieferung erfolgt unverzüglich nach Drucklegung.

Bestell-Nr.: 3349

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 23,50 DM

■ „Zur-Sache“- Flugblatt

Schon an diesem Wochenende kann ein aktuelles „Zur-Sache“-Flugblatt zur Regierungserklärung verteilt werden, das am Donnerstag, 14. Oktober, als Druckvorlage über den Flugblattverteiler ausgeliefert wird.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

Bestellung an IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

Besteller und Versandanschrift	Der Versand soll erfolgen (bitte ankreuzen)
	<input type="checkbox"/> Normalversand <input type="checkbox"/> Eilzustellung (Gegen gesonderte Berechnung)

Best.-Nr.	Anzahl	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Preis
2348		CDU-Zeitung zur Regierungserklärung	
3349		Broschüre Regierungserklärung	
1344		Flugblatt „Bundeskanzler Helmut Kohl“	
8345		Plakat „Bundeskanzler Helmut Kohl“, Format DIN A1	
2243		Prospekt Helmut Kohl „Mut zur Verantwortung“	
0504		Autogrammkarte Helmut Kohl	
9528		Aufkleber Erkennungszeichen Schwarz-Rot-Gold	
Datum	Stempel	Unterschrift	

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann, 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
 Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.